

Kaibacher Zeitung.

Nr. 244.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Dienstag, 24. October

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1871.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 14. October d. J. dem Bureau-Chef der Südbahngesellschaft Ignaz Kohn in Anerkennung seiner erspriesslichen Leistungen auf literarischem Gebiete das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Verordnung des Handelsministeriums vom 26. August 1871

betreffend die Einführung eines neuen Regulativs für Versendung von Arsenikalien und anderen Gifstoffen auf Eisenbahnen.

Das nachstehende, im Einvernehmen mit dem k. k. Ministerium des Innern festgesetzte Regulativ für Gifstofftransporte auf Eisenbahnen wird mit dem Bemerkten kundgemacht, daß dasselbe mit 1. October 1871 in Wirksamkeit zu treten hat und daß die mit dem Erlasse des k. k. Ministeriums des Innern vom 26. März 1849, Z. 7166, R. G. Bl. Nr. 139, vorgeschriebene Verpackungsweise für Arsenik für den Verkehr im Inlande auch fernerhin, jedoch nur mit der Modification beibehalten werden kann, daß das Fäßchen mit der Bezeichnung „Gift“ versehen werde.

§ 1. Arsenikalien, nämlich arsenige Säure (Hüttenrauch), gelbes Arsenik (Rauschgelb, Aurspigment), rothes Arsenik (Realgar), Scherbenklobalt (Bliegenstein) werden nur dann zum Eisenbahntransporte angenommen, wenn sie in doppelten Fässern oder Kisten verpackt sind. Die Böden der Fässer müssen mit Einlagereisen, die Deckel der Kisten mit Reusen oder eisernen Wandern gesichert werden. Die inneren Fässer oder Kisten sind von starkem, trockenen Holze zu fertigen und inwendig mit Leinwand oder ähnlichen dichten Geweben zu verkleben.

§ 2. Auf jedem Collo muß in leserlichen Buchstaben mit schwarzer Oelfarbe das Wort „Arsenik“ (Gift) angebracht sein.

§ 3. Andere giftige Metallpräparate (giftige Metallfarben, Metallalze u.), wozu insbesondere Quecksilberpräparate, als: Sublimat, Calomel, weißes und rothes Präcipitat, Zinnober, Kupferalze und Kupferfarben, als: Kupfervitriol, Grünspan, grüne und blaue Kupferpigmente, Bleipräparate, als: Bleiglätte (Massicot), Mennige, Bleizucker und andere Bleisalze, Bleiweiß und andere Bleifarben, Zinn- und Antimonasche gehören, dürfen nur in dichten, von festem, trockenem Holze gefertigten, mit Einlagereisen, resp. Umfassungsbändern versehenen Fässern oder Kisten zum Transporte aufgegeben werden.

Diese Umschließungen müssen so beschaffen sein, daß durch die beim Transporte unvermeidlichen Erschütterungen, Stöße u. ein Verstauben der Stoffe durch die Fugen nicht eintritt.

Die vorstehend erwähnten Artikel sind in den Frachtbriefen unter ihren eigenthümlichen Benennungen aufzuführen und dürfen nicht unter allgemeinen Rubriken, z. B. Materialwaaren, Droguen u. einbegriffen werden.

§ 4. Die in den §§ 1 und 3 genannten Stoffe dürfen nur getrennt von solchen Gegenständen verladen werden, welche unmittelbar oder mittelbar als Nahrungsmittel dienen.

Schäffle m. p.

Der Justizminister hat den Hilfsämter-Directionsadjuncten bei dem Landesgerichte in Triest Ferdinand Sedlmacher zum Hilfsämterdirector bei dem Handels- und Seegerichte in Triest ernannt.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat die Professoren Adalbert Meingast des k. k. Real- und Oberghymnasiums in Rudolfswerth, Joseph Fiegl des Communalghymnasiums in Triest und Christian Kröll des landständlichen Realghymnasiums in Pettau zu wirklichen Lehrern am k. k. Ghymnasium in Klagenfurt ernannt.

Am 21. October 1871 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei das XLV. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 117 die Verordnung des Handelsministeriums vom 26ten August 1871, betreffend die Einführung eines neuen Regulativs für Versendung von Arsenikalien und anderen Gifstoffen auf Eisenbahnen;

Nr. 118 das Gesetz vom 7. October 1871 — gültig für Dalmatien — womit der Eingangszoll für das über die Landgrenze eingeführte Brennholz aufgehoben wird;

Nr. 119 die Verordnung des Finanzministeriums vom 14ten October 1871, betreffend die Wirksamkeit des Gesetzes vom 7. October 1871, mit welchem der Eingangszoll für das über die Landgrenze nach Dalmatien eingeführte Brennholz aufgehoben wird;

Nr. 120 den Erlaß des Finanzministeriums vom 16. October 1871, betreffend die Aufstellung eines Hauptzollamtes zweiter Klasse im Bahnhofe von Podwoczoyska und die Umstellung des Nebenzollamtes erster Klasse in dem Orte Podwoczoyska in ein Nebenzollamt zweiter Klasse.

(Wr. Ztg. Nr. 256 vom 21. October.)

Kundmachung des k. k. Landespräsidenten in Krain vom 6. August 1871,

Z. 921/Pr.,

betreffend die Errichtung einer Forstinspectorsstelle in Krain.

Der Herr k. k. Ackerbau-Minister hat mit hohem Erlasse vom 30. Juli 1871, Z. 3638/155, die Bestellung eines Forstinspectors für das Herzogthum Krain genehmigt, dessen dienstliche Stellung und Wirkungskreis durch nachstehende provisorische Bestimmungen geregelt werden:

§ 1. Der für das Herzogthum Krain aufzustellende k. k. Forstinspector wird dem Status der k. k. Landesregierung in Kaibach zugewiesen und in die achte Diätenklasse eingereiht.

Derselbe bezieht einen Jahresgehalt von Fünfhundert Gulden, welcher von fünf zu fünf Jahren um Einhundert Gulden erhöht wird, jedoch das Ausmaß von Zweitausend Gulden nicht übersteigen darf, und ein Reisepauschale von jährlich Achtehundert Gulden.

Seine Ernennung erfolgt auf Grund einer öffentlichen Concursausreibung und über Vorschlag des Landespräsidenten durch das Ackerbau-Ministerium.

§ 2. Der Wirkungskreis des Forstinspectors hat sich im wesentlichen auf Ueberwachung der Durchführung des Forstgesetzes in allen seinen Theilen, auf Wahrnehmung der forstlichen Zustände, Anregung und Belehrung zum Zwecke der Förderung der Forstcultur, auf Evidenzhaltung der den politischen Behörden hiezu nöthigen Uebersichten und Ausweise, auf Anträge und Gutachten forstlicher Natur, endlich auf den der Landesregierung zu leistenden forsttechnischen Beirath nach Maßgabe ihrer Anträge zu erstrecken.

§ 3. Die Zeit vom Frühjahr bis zum Spätherbst hat derselbe in der Regel zur Bereisung und zum Aufenthalte in den verschiedenen Landestheilen zu verwenden, zum Zwecke der unmittelbaren Wahrnehmung der forstlichen Zustände. Diese regelmäßige Bereisung und der Aufenthalt in den einzelnen Landestheilen sind so einzurichten, daß die nach Maßgabe dieser Instruction in den einzelnen Bezirken erforderlichen forstlichen Einrichtungen nach und nach hergestellt und sohin, so weit es erforderlich ist, durch spätere Bereisungen überwacht, vervollständigt und verbessert werden.

Der jeweilige Reiseplan ist in der Hauptsache vorher der Landesregierung zur Genehmigung vorzulegen und ist über jede Reise, deren wesentliche Vorkommnisse und Ergebnisse Bericht an die Landesregierung zu erstatten. Die Zeit der Ankunft in den einzelnen Bezirken ist den Bezirkshauptmannschaften und durch diese den Gemeinden und größten Waldbesitzern in der Regel vorher bekannt zu geben.

Außer diesen regelmäßigen Bereisungen können dem Forstinspector zu jeder Zeit auch noch bestimmte Bereisungen für specielle Zwecke von der Landesregierung aufgetragen werden.

Diese Bereisungen hat der Forstinspector aus dem obigen Reisepauschale ohne weitere Ersatzansprüche zu bestreiten.

§ 4. Die Verwendung des Forstinspectors zu Commissionen in Parteiangelegenheiten kann nur mit Genehmigung des Landeschefs und unbeschadet seiner eigenen Berufspflicht erfolgen.

§ 5. Dem Forstinspector obliegt die selbständige motivirte Antragstellung sowohl bei den Bezirkshauptmannschaften, als bei der Landesregierung hinsichtlich jener Maßregeln, welche den localen Verhältnissen entsprechend zur Ausführung des Forstgesetzes sowie zur Sicherung und Hebung der Forstcultur geeignet sind und der Einflußnahme der erwähnten politischen Behörden direct oder indirect unterliegen.

§ 6. Die Inspicirung der Geschäftsführung der Bezirkshauptmannschaften in forstlichen Angelegenheiten ist vom Forstinspector nach Maßgabe der von der Landesregierung hiezu erhaltenen befondern Aufträge vorzunehmen.

§ 7. Mit Heranziehung und Beihilfe der localen Kräfte, insbesondere der Gemeinde-Vorsteher, des im Lande vorhandenen Forstwirtschaftspersonales, des Aarars, der Großgrundbesitzer, der Gemeinden oder anderer Privaten, sollen jene Waldbjecte ermittelt werden, für welche wegen ihrer Lage auf leichtfliegendem Boden, an schroffen Gehängen oder gefährlichen Gewässern und am obern Rande der Holzvegetation, sowie zum Schutze gegen verderbliche Naturwirkungen, insbesondere Lawinen, Fels- oder Erdfälle, Erdabstürzungen, Hochwässer u. d. gl. eine bestimmte Waldbehandlung in den §§ 6 und 7 des Forstgesetzes vorgeschrieben oder eine besondere Waldbehandlung nach § 19 anzuordnen ist.

In gleicher Weise sollen durch solche locale Untersuchungen diejenigen Waldtheile ermittelt werden, in welchen Waldderivationen (§ 4 des Forstgesetzes) vorgefallen sind, sowie jene, in welchen nach §§ 2 und 3 des Forstgesetzes Aufforstungen vorzunehmen sind, oder zu einer beabsichtigten oder vollführten Cultureänderung die politische Bewilligung erteilt werden kann.

Rücksichtlich der vorzunehmenden Aufforstungen sind die Mittel zu überlegen, durch welche dieselben in zweckmäßiger Weise zur Ausführung gebracht werden können.

§ 8. Mit der Ermittlung der im § 7 bezeichneten Objecte ist zugleich im Wege der Verhandlung unter Zuziehung der Betheiligten auf Grund des Uebereinkommens oder, wo ein solches nicht erzielt wird, der vom Forstinspector zu beantragenden politischen Entscheidung im Instanzenzuge die bestimmte oder besondere Waldbehandlung, beziehungsweise Aufforstung für die einzelnen Objecte festzustellen und mit thunlichster Verwendung der localen Kräfte (Gemeindevorsteher, Förster, Forstwärter u. s. w.) die Ueberwachung oder Ausführung besonderen Organen zu überweisen, insoweit dies mit deren sonstigen Verpflichtungen vereinbarlich ist und mit der erforderlichen Zustimmung der betreffenden Dienstherren oder vorgesetzten Organe geschehen kann.

Insofern die Ueberwachung nicht besondere forsttechnische Kenntnisse erheischt, kann dieselbe unter entsprechender Anweisung und mit den obigen Beschränkungen auch anderen Organen der öffentlichen Aufsicht, Gendarmen, Straßenaufsehern u. s. w. übertragen werden.

Ueber Vorschlag des Forstinspectors können zur Ermittlung solcher Waldbjecte und weiteren Antragstellung auch andere forstliche Organe betraut werden.

§ 9. Dem Forstinspector obliegt die Anregung und thunlichste Förderung aller jener Maßnahmen, welche im Wirkungskreise der Gemeindevorstehungen, der landwirtschaftlichen Vereine, Forstverwaltungen oder der Waldbesitzer selbst liegen und dem Forstinspector bei seinen Reisewahrnehmungen als notwendig oder wünschenswerth zur Sicherung und Hebung der Waldcultur, namentlich in den Gemeinschafts- und Gemeindevorstellungen sich darstellen. Ein Hauptgewicht liegt hiebei in einem aneifernden, weckenden und belehrenden Einwirken auf die Selbstthätigkeit der Betheiligten, wofür persönliche Umsicht und Thätigkeit in Auffassung und Benützung aller Anlässe die Richtschnur zu geben haben.

Ueber die Ausführung solcher Maßnahmen hat der Forstinspector von den Betheiligten oder von ihm besonders damit zu betrauernden Personen von Zeit zu Zeit Bericht erstatten zu lassen, und nebst dem mündlichen Verkehre gelegentlich der Bereisungen, soweit ein Erfolg sich erwarten läßt, auch durch den schriftlichen Verkehre anregend zu wirken.

(Schluß folgt.)

Nichtamtlicher Theil.

Zum Ausgleich.

Die „Wiener Abendpost“ beleuchtet in ihrem Tagesbericht vom 21. d. die von einigen amtlichen Provinzblätter über die Ausgleichsfrage gebrachten Artikel wie folgt:

„Wir haben bereits von zwei Artikeln der amtlichen Provinzpresse Kenntniß genommen, die sich mit der Ausgleichsfrage in jenem Stadium beschäftigen, in welches letztere nach Bekanntwerden der Elaborate des böhmischen Landtages getreten ist. Die beiden von uns skizzirten Artikel kennzeichnen die Methode so wie das Resultat der von der jetzigen Regierung geführten Ausgleichsverhandlungen; sie constatirten den wesentlichen Fortschritt, daß ein bestimmter, der allgemeinen Discussion im legalen Reichsrathe zu unterziehender Vor-

schlag gewonnen worden ist, und bewiesen durch eine Gegenüberstellung der Declaration und der Fundamentalartikel, daß im böhmischen Ausgleichsprojecte thatsächlich principiell Zugeständnisse an das Reich und an die bestehende Verfassung enthalten sind. Ein dritter Artikel, den wir heute in den uns vorliegenden amtlichen Provinzialblättern finden, tritt in entschiedener Weise den schon jetzt lautgewordenen Bedenken bezüglich der Legalität des künftigen Reichsrathes entgegen und bekämpft jene Gründe, welche seitens der Verfassungspartei und ihrer Organe für das Fernbleiben vom Reichsrathe geltend gemacht werden.

„Zwei mal“ — bemerkt der erwähnte Artikel in seinem Eingange — „hat die Verfassungspartei durch den Mund ihrer Vertreter in feierlichen, an den Stufen des allerhöchsten Thrones niedergelegten Adressen die Bereitwilligkeit ausgesprochen, den berechtigten Wünschen der widerstrebenden Königreiche und Länder im verfassungsmäßigen Wege gerecht werden zu wollen, und nun, wo ein Substrat für die diesbezüglichen Verhandlungen geschaffen wurde, wo ein bestimmt formulirter Ausgleichsvorschlag vorliegt, ist sie — wenigstens nach den Andeutungen ihrer Organe — nahe daran, ihre Mitwirkung an dem Versöhnungswerke zu verweigern.“ . . . „Wenn die Behauptung, daß durch ein Eingehen auf die Verathung der böhmischen Ausgleichselaborate bereits der Standpunkt der Verfassung verlassen werde, den Ausgangspunkt für die künftige Action der Verfassungspartei bilden soll, so müssen wir schon heute constatiren, daß diese Behauptung eine ganz unhaltbare ist. Durch die Fundamentalartikel wird die Verfassung nicht aufgehoben, sie kann auch als eine zu Recht bestehende öffentliche Einrichtung durch dieselben nicht einfach aufgehoben werden. Die Fundamentalartikel sind nur ein Vorschlag zur Abänderung,

Die Möglichkeit und Zulässigkeit der Verfassungsänderung ist aber in der Verfassung selbst vorgesehen; selbst der Antrag auf weitest gehende Aenderung der Verfassung könnte im Reichsrathe eingebracht werden und muß, wenn dies im verfassungsmäßigen Wege geschieht, der verfassungsmäßigen Behandlung unterzogen werden. Nach den geltenden Bestimmungen sind bekanntlich auch die Landtage nach § 19 der V. O. zu derartigen Anträgen berechtigt.

Ein anderer Grund, der für das Fernbleiben der Verfassungspartei vom Reichsrathe geltend gemacht werden will, ist der, daß in Folge verschiedener Combinationen die Legalität des Reichsrathes bezweifelt oder in Abrede gestellt wird. Wir geben zu, daß für die Frage des verfassungsmäßigen Zustandekommens einer Verfassungsänderung die Legalität des Reichsrathes von entscheidendem Gewichte ist, aber die Einwendung, daß durch die Auffassung, welche von böhmischer Seite dem Reichsrathe und dem Erscheinen der böhmischen Abgeordneten in demselben beigelegt wird, die Legalität des Reichsrathes in Frage gestellt werde, ist nicht stichhaltig.

Was der böhmische Landtag in seiner Adresse an Se. Majestät, was sein Ausschuss in dem Motivenberichte gesagt hat, ob er den Reichsrath mit oder ohne Rechtsvorbehalt beschickt, das alles kann die Legalität des Reichsrathes, der die Vorlagen berathen soll und durch den allein sie Gesetzeskraft erlangen können, nicht im geringsten alteriren. Könnten wir hierfür wohl einen classischeren Beleg auführen als das eigene Votum jenes Abgeordnetenhauses, in welchem die Verfassungspartei die entschiedene Majorität besaß?

Hat denn dieses Abgeordnetenhaus in der letzten Session nicht die Abgeordneten aus Krain und aus Tirol zugelassen, wiewohl dieselben unter nicht mißzuverstehenden Rechtsverwahrungen, ja mit einer Einschränkung des Mandates von den betreffenden Landtagen waren gewählt worden? Wir erinnern an jene Sitzung des Abgeordnetenhauses, in welcher über die Reichsrathswahlen aus Krain verhandelt wurde und in welcher die Letzteren, obwohl der krainer Landtag die Ungiltigkeit der Decemberverfassung in dürren Worten ausgesprochen hatte, doch äußerlich und formell als gültig erkannt worden sind. Und so wird es auch immer der Fall sein.

Die Hauptsache ist nur die, daß die Reichsrathswahlen von allen Landtagen nach den bestehenden Landesordnungen vollzogen werden.

Wenn dann die Abgeordneten in beschlußfähiger Anzahl erscheinen und ihre Angelobung leisten werden, dann wird auch die Legalität des Reichsrathes über jeden Zweifel erhaben sein. Die Einsprachen aus Linz, Brünn und Laibach können wohl nicht schwer ins Gewicht fallen, da über die Legalität des einzelnen Landtags die Majorität des Landtages und nicht eine Fraction desselben zu entscheiden hat: gerade so, wie über die Legalität der von einem Landtage vorgenommenen Reichsrathswahlen nur der Reichsrath sein Urtheil abgibt, nicht aber eine einzelne Partei desselben, und um so weniger dann, wenn sie sich gar außerhalb desselben stellt. Wird aber der Reichsrath ein legaler sein, so kann er auch, wenn anders den Vorschriften der Verfassung und der Geschäftsordnung entsprochen wird, eine noch so weitgehende Aenderung der Verfassung berathen und beschließen.“

Die Rumpsparlamente.

Nach wohlwogener Sachlage tritt „Warrens Wochenchrift für Politik und Volkswirtschaft“ abermals den Ansichten der sogenannten Verfassungspartei entgegen, wie folgt: „Die Verfassungspartei behauptet, daß es nicht möglich sei, Oesterreich parlamentarisch zu regieren, wenn die Deutschen im Parlamente eine Vertretung nicht finden oder nicht finden wollen. Trotz der Thatfache, daß Tirol, Oberösterreich und Vorarlberg unter allen Umständen in einem österreichischen Reichsrathe nicht fehlen werden, lassen wir“ dennoch jene Behauptung als eine vollkommen triftige passiren. Nur verlangen wir von der deutschen Verfassungspartei, daß sie auch zugebe, wie Oesterreich nicht regiert werden könne, wenn nur sie allein sich in dem Vertretungskörper des Reiches einfänden sollte. Die Wahrheit, welche hier ausgesprochen wird, ist eine zweischneidige und sie kann als eine Verurtheilung aller Rumpsparlamente gelten. Wir sind nun nicht principiell Freunde des Absolutismus, weder des aufklärten noch des Gegensatzes desselben. Aber jedes Land, welches zwei einander befehdende Hauptparteien hat, wird sich lieber von einem absoluten Monarchen regieren lassen, als von einem Monarchen, welcher in einem Parlamente nur von einer dieser Parteien berathen werden kann. Wenn die Deutschen in Oesterreich nur die Wahl haben, ob sie von den Slaven oder dem Kaiser allein regiert werden sollen, wenn die Slaven sich dafür zu entscheiden hätten, ob sie von den Deutschen oder dem Kaiser gelenkt sein wollten, so würde ganz ohne Zweifel durch die Stimmen Beider das absolute Regiment des Herrschers vor der Beherrschung durch die ihnen gegenüberstehende Partei

den Vorzug finden. Die inneren Zustände in Oesterreich haben sich seit dem Jahre 1866, Ungarn ausgenommen, nicht verbessert, sondern der innere Friede ist ganz und gar vergiftet worden. Das kam daher, weil erst die eine und dann die andere Partei sich der Betheiligung an der Gesetzgebung des Landes entzog und weil Beide während ihres passiven Widerstandes die Leidenschaft wider ihre Gegner zu einer nie geahnten Höhe emporwachsen ließen.

Als die vom Monarchen octroirte Februarverfassung an dem Widerstande scheiterte, den ihr Ungarn entgegenstellte, da ward es dem damals leitenden Staatsmanne klar, daß eine octroirte Constitution für Oesterreich überhaupt nicht passe. Er verlangte, daß die Abgeordneten der verschiedenen cisleithanischen Länder sich in einem Verathungskörper zusammen finden möchten, um dort selbst zu beschließen, welche Verfassung sie für die Zukunft haben wollten. Die Krone hat keine Gewalt, die Annahme einer octroirten Verfassung seitens aller Staatsbürger zu erzwingen. Nach dem alten englischen Worte, daß ein Knabe ein Pferd zur Tränke führen könne, daß aber tausend Männer es nicht zum Saufen zu bringen vermögen, so kann hier ein stütziger Landesrath oder eine stützige Partei alle Ueberredungs- und Zwangsmittel der executiven Gewalt zunichte machen. Bei jeder octroirten Verfassung läuft die Krone die größte aller politischen Gefahren, nämlich diese, daß die gegebene Verfassung weder ganz abgelehnt, noch ganz angenommen wird. In diesem Falle schmolzt die eine Partei, während die andere regiert, und jene sinnt auf Befreiung von der Knechtschaft, welche ihr durch dieselbe auferlegt wird, öfters durch solche Mittel, welche selbst den Bestand des Staates gefährden.

Die leitende Maxime für die Politik des Staatsmanns, den wir eben genannt haben, daß die Völker Oesterreichs sich entweder selbst über eine Verfassung einigen oder sonst keine erlangen sollten, hat ihre Richtigkeit durch die Erfahrung wohl bewahrt. Keine Vertretung ist besser als eine solche, welche sich nicht eine allgemeine oder nahezu allgemeine Anerkennung verschaffen vermag. Das Parlament bildet eine bessere Regierungsmaschine als das absolutistische Cabinet, aber das absolutistische Cabinet wiederum eine viel bessere als das Rumpsparlament. Es ist sehr schwer, die Fehler zu corrigiren, welche einmal begangen wurden. Aber wäre es möglich, so würde sicherlich eine octroirte Verfassung niemals mehr verlichen werden, bevor nicht die Zustimmung des Volkes zu derselben, ehe sie bindende Kraft erlangt, eingeholt worden.

Als König Friedrich Wilhelm IV. zuerst eine Verfassung für Preußen erließ, so begann er damit, einen vereinigten Landtag zu schaffen, welchem nur eine beratende Stimme bei der Gesetzgebung verliehen wurde. Aufrichtig gesagt, wir hätten gewünscht, daß für die cisleithanischen Länder mit ähnlicher Vorsicht und Voraussicht vorgegangen worden wäre. In diesem Falle wäre aus dem beratenden Körper im Laufe weniger Jahre sicherlich ein beschließender geworden. Das Halbparlament hätte sich schnell genug zu einem Vollparlamente ausgewachsen. Jedoch nicht früher, als bis für dasselbe die Theilnahme aller Staatsbürger wäre gesichert worden. Ein solches Halbparlament, das von Jedermann wäre beschickt worden, würde dem innern Frieden auch viel größere Dienste geleistet haben als ein Vollparlament, das stets nur sich von einer Hälfte des Landes die Anerkennung zu verschaffen vermag. Bei den Zuständen

Feuilleton.

Hohenzollern'sche Aspiranten für den deutschen Kaiserthron.

Als historische Reminiscenz dürfte jetzt nicht ohne Interesse sein, daß bereits vor 433 Jahren ein Hohenzoller die deutsche Kaiserwürde aspirirte. Derselbe Friedrich I., der aus einem Burggrafen von Nürnberg zum Markgrafen und Kurfürsten von Brandenburg geworden, war nach Kaiser Sigmunds Tode (1437) auf den Gedanken gekommen, daß der Kaiserthron für ihn nicht zu hoch sei. So trat er denn als Kronbewerber auf. Ein Theil der Kurfürsten (Trier und Kurpfalz) war zwar für, die Mehrzahl aber gegen ihn; denn wenn man auch seine Klugheit und Tapferkeit anerkannte, so hatte er sich doch durch sein Vorgehen in der Mark und in Franken nichts weniger als beliebt gemacht. So fiel denn die Wahl auf Albrecht II. von Oesterreich. Auch 82 Jahre später, nach Kaiser Maximilians I. Tode, trug sich ein Hohenzoller mit Kaisergedanken. Kurfürst Friedrich der Weise von Sachsen, dem die erledigte Krone angeboten worden war, schlug sie aus; da kam Kurfürst Joachim I. von Brandenburg auf den Gedanken, selbst als Bewerber aufzutreten, allein sein eigener Bruder, Erzbischof und Kurfürst Albrecht von Mainz, erklärte sich gegen ihn und für Karl V., der dann auch gewählt ward. Auch vom Kurfürsten Friedrich II. von Brandenburg erzählen preussische Historiker, er sei vom Georg von Podiebrad auf dem Fürstentage zu Eger (1461) für die Kaiserwürde an die Stelle Friedrichs IV. von Oesterreich in Vorschlag gebracht

worden. Der Kurfürst aber habe edelmüthig erklärt, ein solcher Antrag „greife ihm Glimpf und Ehre an, so lange noch ein rechtmäßiger Kaiser lebe.“ Wahr ist, daß Georg von Podiebrad dem Kurfürsten Friedrich jedes beliebige Reichsamt angeboten, und daß sich der Kurfürst gegen des Kaisers Absetzung ausgesprochen hat. Letzteres aber wohl zumeist aus dem Grunde, weil Georg von Podiebrad selbst nach dem deutschen Kaiserthron strebte und auch viele Reichsstände — damals — für sich hatte. Die Erhebung Georgs konnte aber für ihn, den Kurfürsten, von nachtheiligen Folgen sein, da sich Georg, wenn er zu großer Macht gelangte, sehr leicht daran erinnern konnte, daß die Mark Brandenburg nur Kraft Pfandrechtes von Böhmen an die Hohenzollern gekommen sei, und da der König von Böhmen gegen den Kurfürsten ohnehin auch wegen der Besignahme der Niederlausitz aufgebracht war.

Das Wappen des neuen deutschen Kaiserreichs

ist festgestellt. Während des Aufenthaltes zu Baden hat Kaiser Wilhelm über die mit der neuen kaiserlichen Würde verknüpften Insignien, über Kaiserwappen, Kaiserstandarte, Kaiserfahnen u. s. w. genauere Bestimmungen getroffen. Demnach erscheint das Kaiserwappen wie das königlich preussische in dreierlei Gestalt, es gibt ein größeres, mittleres und kleineres, Vom letzteren gibt die „Nordd. Allg. Ztg.“ folgende Beschreibung:

„In einem goldenen Schilde erscheint der Reichsadler, nämlich: ein schwarzer mit rothem Schnabel, rother Zunge und rothen Klauen versehener Adler, auf dessen Brust der königlich preussische Wappenschild liegt. Derselbe ist silbern, der Adler darin schwarz mit golde-

nem Schnabel, goldenen Klauen, rother Zunge, auf den Flügeln mit goldenen Kleestängeln besetzt, mit der Königskrone gekrönt und in den Klauen rechts den goldenen Königszepter, links den blauen, goldbereiften und bekreuzten Reichsapfel haltend. Die Brust dieses preussischen Königsadlers ist belegt mit dem von Silber und Schwarz gevierten Hohenzollernschen Stammschilde.

Auf dem Goldschilde mit dem Reichsadler ruht die Reichskrone — ein goldener Stirnreif, der aus vier größeren und vier kleineren, abwechselnd neben einander gestellten Schildchen gebildet ist. In den größeren Schildchen erscheint ein gerades Kreuz, in den kleineren der Reichsadler. Diese Krone ist mit vier Bügeln geschlossen, welche im Scheitelpunkte, wo sie zusammentreffen, einen Reichsapfel tragen. Eine Krone, von Goldstoffs überzogen, ragt innerhalb bis zur halben Höhe der Bügel hervor.

Um den Goldschild schlingt sich die Kette des schwarzen Adler-Ordens. Der Reichsadler, wie er im Erlasse vom 3. August d. J. beschrieben worden, ist ohne Schild, wahrscheinlich zum ausschließlichen Gebrauch in den Siegeln der Reichsbehörden. Im Kaiserwappen steht derselbe immer im goldenen Schilde; dann hängt auch die Ordenskette um letzteren, während im anderen Falle, wenn der Reichsadler ohne Schild erscheint, die Kette sich um den königlich preussischen (silbernen) Wappenschild auf der Brust des Reichsadlers schlingt. — Ebenso ist ein Unterschied bei Anwendung der Reichskrone; sie schwebt nämlich über dem Haupte des Reichsadlers, sobald er ohne Schild erscheint, während sie im entgegengesetzten Falle auf dem oberen Rande des Goldschildes steht.“

des innern Zwistes, in welche wir gerathen sind, gibt es jedoch Einen Trost, daß der Monarch bewiesen hat, wie er die Constitution will und wie es nur die Regierten sind, welche ihr abhold geworden. Niemand kann der Krone einen Vorwurf machen, wenn ihr guter Wille an dem bösen Willen der Parteien scheitert, wenn sie durch diesen außer Stand gesetzt wird, dem Volke jenes volle Maß der Freiheit zu bewilligen, welches man ihm so gerne gönnt und welches es selbst nicht müde wird, auszuschütten."

Politische Uebersicht.

Laibach, 23. October.

In Folge des Einrückens einer beträchtlichen Truppenmenge, so wie durch die Insurrection selbst sind die Preise der Lebensmittel in den insurgirt gewesenen Grenzbezirken zu ungewöhnlicher Höhe gestiegen. Diesem Uebelstande abzuwehren, hat, wie die „Agrarische Zeitung“ meldet, der commandirende FML. v. Molinary die Verfügung getroffen, daß für die Bevölkerung die dringend notwendigen Lebensmittel durch die ärarische Etappenverwaltung angekauft und an die Bewohner vortheilhaft verabsolgt werden.

Die „Frankfurter Presse“ bringt folgendes Telegramm aus München: Gutem Vernehmen nach wird der Generaldirector H. v. d. H. zum Finanzminister und der bisherige Finanzminister an Stelle des Barons Berglas, welcher in den Ruhestand tritt, zum Gesandten in Berlin ernannt werden.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt in einem Artikel: Die vielseitigen Forderungen an die Reichsregierung in Elsaß-Lothringen energisch vorzugehen, werden die Reichsregierung in keiner Weise beeinträchtigen, es fehle ihr weder an Einsicht, noch an Festigkeit; aber weil sie sich stark fühlt und nicht planlos die Dinge anfaßt, sondern ein durchdachtes System verfolgt, ist sie im Stande, die Herrschaft über die wiedergewonnenen Lande im Geiste des Wohlwollens zu handhaben, der gewaltiger als brutale Gewalt, Elsaß-Lothringen bestimmen wird, vom ganzen Herzen wieder deutsch zu sein.

Auf Anregung der mecklenburg'schen Reichsrathsmitglieder stellen die liberalen Fractionen des deutschen Reichstages folgenden Antrag: Es sei eine Bestimmung in die Verfassung aufzunehmen, wonach jeder Bundesstaat eine Vertretung lediglich aus der Wahl der Bevölkerung haben muß, deren Zustimmung zu allen Gesetzen, namentlich für das Budget unerlässlich sei. Ferner werden Anträge auf Einführung der obligatorischen Civilehe vorbereitet.

Die „Agence Havas“ schreibt: Nachdem die Ratificationen der mit Deutschland abgeschlossenen Conventionen ausgewechselt wurden, wird die Räumung der 6 Departements am 4. November vollzogen sein. Die Gerüchte über eine Amnestie sind unrichtig. Die Geldkrise wird nicht als bedenklich erachtet; sie ist das Ergebnis unbedachtiger Speculationen, denn die Regierung ist in der Lage, große Beträge von Silbermünzen auszugeben.

Dem glücklichen Ausgange der Sendung des französischen Finanzministers nach Berlin widmet die „Daily-News“ einen Leitartikel, in welchem sie den Entschluß der deutschen Regierung, das Wort Frankreichs als genügende Garantie für die Zahlung der Kriegsschadigung zu acceptiren, einen Lühnen und Weisen nennt. In der That verrichtet durch diesen Entschluß Graf Bismarck zwei Dinge: er bessert den Credit Frankreichs, der doch, soll Deutschland den restirenden Saldo der Kriegsschadigung erhalten, aufrechterhalten werden muß, und sodann stärkt er diese besondere Regierung in Frankreich, die er von dem ernstlichen Wunsche befunden, die Deutschen aus dem nationalen Territorium hinauszulaufen. Daß der deutsche Reichskanzler, der wie ein Bankier zu rechnen versteht, somit auch Sinn für den Werth moralischer Mittel und Sicherheiten gezeigt hat, gereicht dem englischen Blatte zu ganz besonderer Befriedigung.

Das „Journal officiel“ meldet, daß der Finanzminister Pouyer-Quertier zum Großofficier der Ehrenlegion ernannt wurde. Dasselbe Journal meldet weiter: Die Journale erheben gegen die Regierung den Vorwurf, daß sie das Recht in Anspruch nehme, jedem Bürger, dessen Anwesenheit das Land beunruhigen könnte, den Aufenthalt auf französischem Gebiete zu untersagen. Die Regierung hat sich keineswegs dahin ausgesprochen, sondern nur das Recht behauptet, unter ihrer Verantwortlichkeit, im Falle die Verhältnisse es erheischen sollten, jedem Mitgliede der kaiserlichen Familie die Rückkehr nach Frankreich zu verbieten.

„Journal officiel“ zeigt schließlich an, daß dem zum Mitglied des Generalraths auf Corsica gewählten Prinzen Napoleon die zur Reise dorthin nöthigen Pässe ausgesetzt und gleichzeitig Maßregeln getroffen worden seien, daß seine Anwesenheit auf der Insel nicht Anlaß zu Unruhestörungen geben könne. Hoffentlich werde kein Franzose, der dieses Namens würdig sein wollte, sich beifallen lassen, irgendwie die für die Interessen des Landes so nöthige Ordnung unterbrechen zu wollen. — General Trochu hat dem Kriegeminister angezeigt, daß er alle Verantwortlichkeit für die Ereignisse, die zur Capitulation von Paris geführt hätten, übernehme und

seinen Nachfolger, den General Vinoy gänzlich solcher Verantwortung enthoben wissen wolle. — Der Finanzminister Frankreichs stellte den Einkauf ausländischer Wechsel ein, da er über die nöthigen Mittel verfügt, um die vierte halbe Milliarde zu zahlen. — Die „Patrie“ theilt mit, daß der neue Minister des Innern, Herr Perier, gesonnen sei, große Veränderungen in den Präfecten- und Souspräfecten-Stellen vorzunehmen. Auch sei von einer ähnlichen Veränderung bei den General-Procuratoren die Rede.

Von Constantine aus Algier wird gemeldet, daß bedeutende Contingente der Aufständischen, von den Truppen bedrängt, ihre Unterwerfung anbieten, indem sie sich der Großmuth Frankreichs überliefern.

Die Ungewißheit über die Eröffnung des italienischen Parlaments ist durch die „Opinione“ in etwas aufgehellt. Während einige der bedeutenderen unabhängigen Blätter, zuletzt auch „Diritto“, durchaus auf eine einfache Wiederaufnahme der in Florenz unterbrochenen Session dringen, verweist die Opinione die Gründe, indem sie eine feierliche Inauguration mit Thronrede und der Vorlesung des künftigen politischen Programms als unabwendlich hinstellt. Dafür wird die zweite Hälfte Novembers als äußerster Termin von ihr bezeichnet und den Ungeduldrigen der Rath gegeben, ganz abgesehen von andern Gründen, doch des Decorums nicht zu vergessen, auf das die Vertreter des Volkes bei ihrem ersten Empfange in der neuen Hauptstadt mit Bestimmtheit rechnen.

In Florenz ist es stiller geworden, seit es aufgehört hat, Hauptstadt des Königreiches zu sein; auch die Thätigkeit im Häuserbau hat nachgelassen; Florenz wird nach und nach seine frühere Physiognomie als Kunststadt wieder annehmen. Man arbeitet thätig an Stadtverschönerungen. — Der Papst erließ ein Protestschreiben gegen die Besignahme der Klöster, welches im Ausland veröffentlicht werden soll. — Die Demission Pallavicini's wurde abgelehnt; er verbleibt Syndicus von Rom. In Neapel sind 400 Korallenschiffe glücklich eingelaufen.

Tagesneuigkeiten.

— Se. k. und k. Apostolische Majestät haben dem Schulrath und Gymnasialdirector in Graz Dr. Richard Peinlich in allergnädigster Anerkennung seiner wissenschaftlichen Leistungen die goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft zuwenden zu lassen geruht.

— (Kaiserliche Spenden.) Ihre Majestäten der Kaiser Ferdinand und die Kaiserin Maria Anna haben zur Restaurirung der Pfarrkirche zu Vildstein in Vorarlberg den Beitrag von 300 fl. k. W. allergnädigst zu bewilligen geruht.

— (Hofnachricht.) Se. Majestät der Kaiser Ferdinand sind am 19. d. aus der Sommerresidenz Ploßkowitz nach Prag zurückgekehrt.

— (Alterszulagen.) Das System der Alterszulagen zu Beamtengehältern bricht sich immer mehr Bahn. So hat nun die Direction der ersten österr. Sparkasse, wie die „Corr. Gall“ meldet, auch für ihre Beamten Alterszulagen bewilligt und es werden die Beamten der Sparkasse hinkünftig nach zurückgelegter Dienstzeit von 10 Jahren eine Zulage von 100 fl., nach einer Dienstzeit von 20 Jahren eine Zulage von 200 fl. und nach einer Dienstzeit von 25 Jahren eine Zulage von 300 fl., welche als Maximum auch für die fortbauende Dienstzeit bis zu 40 Jahren zu gelten hat, erhalten.

— (Die Verzehrungssteuer-Pachtung) für die Stadt Graz wurde mit Entscheidung des k. k. Finanzministeriums vom 16. d. M. den früheren Pächtern, Herren Martin Hocevar in Gurkfeld und Joseph Gorup in Triest um den jährlichen Pachtzuschlag von 721.388 fl. auf die Dauer von drei Jahren, d. i. bis Ende December 1874, übergeben.

— (Fünf Personen verschüttet.) Am 17ten d. M. wurden in dem Kohlenwerke „Hermannshütte“ nächst Virlenfeld in Steiermark im sogenannten Passergraben durch schlagende Wetter zwölf Arbeiter verschüttet, wovon sieben später, arg verstümmelt, die übrigen jedoch als Leichen herausgezogen worden sind. Die Verunglückten sind sämmtlich Familienväter und wurden ihre Angehörigen von dem Besitzer der Kohlenwerke, Herrn Weidenauer, sofort mit bedeutenden Geldspenden bedacht.

— (Brand in Kladrub) In der Nacht vom 19.—20. d. ist ein Gebäude des Kladruber k. k. Gestütes abgebrannt. Die Pferde wurden gerettet.

— (Der Lloyd-Dampfer „Venus“) ist mit der ostindischen Post am 20. d. um 2 Uhr Nachmittags in Triest angelangt.

— (Deutschlands und Frankreichs Größe.) Frankreich hatte im Jahre 1789: 9600 Quadratmeilen, 1808: 13.600, 1815: 9665, 1860: 9850. Es ist bei dem von den Allirten mit ihm im Jahre 1815 abgeschlossenen Frieden größer gewesen, als es vor der Revolution war. Deutschland, der norddeutsche Bund und Süddeutschland zusammen genommen, umfaßt 9631 Quadratmeilen. Nachdem jetzt von Frankreich die beiden elsässischen Departements: Nieder-Rhein (Straßburg) und Ober-Rhein (Colmar), sowie die drei lothringischen Departements: Mosel (Metz), Meurthe (Nanzig) und Vogesen (St. Die) an Deutschland übergeben wurden, so erhielt letzteres einen Zuwachs von 501 Quadratmeilen und wird also künftig

10.132 umfassen, während Frankreich 9349 Quadratmeilen behält. Die heutige Einwohnerzahl von Deutschland beträgt nach der letzten Zählung 38.512.877, die von Frankreich 38.067.000. Durch den Uebergang der oben genannten fünf Departements von Frankreich an Deutschland ändern sich diese Zahlen um 2.308.000, so daß künftig Frankreich 35.759.000, Deutschland 40.820.877 Einwohner haben wird.

— (Entdeckung von Silberschätzen.) Auf dem Kornspeicher einer Villa in der Nähe von Mailand wurden zwei kostbare Gemälde aufgefunden; das eine von Correggio, welches Christus in der Krippe, von vielen Figuren umgeben, darstellt, hat über drei Fuß Höhe, ist wohl erhalten und von herrlichem Colorit; das zweite ist auf eine Tafel von 60 Centimetres gemalt und stellt einen Christus dar, welcher das Kreuz trägt, ein Brustbild in Lebensgröße von Gaudenzio Ferrario, von großer Schönheit und Wahrheit in der Ausführung.

— (Kopfschaar.) Ein Engländer hat sich die „wissenschaftliche Aufgabe“ gestellt, an Leichen die Anzahl der Kopfschuppen zu zählen. Er hat gefunden, daß ein ausgewachsener Mensch durchschnittlich 130.000 Stück Kopfschuppen trägt und daß ein voller Rundbart gewöhnlich nicht mehr als 14.000 Borsten aufzuweisen hat.

— (Ein Preiscourant, dessen Herstellung 80.000 Dollars kostet.) Die Herren Mallory, Wheeler & Comp. in New-Haven in Nordamerika haben von ihren Fabricaten, ausschließlich Schloßer, Schlüssel und Thürgriffe, einen Preiscourant drucken lassen, welcher einen Folioaband von 290 Seiten des schönsten und stärksten Belin-papieres bildet, und dessen Herstellung obige kolossale Summe kostet. Die 700 Abbildungen sind in der natürlichen Größe und genau im Farbenton der Originale. Die Illustrationen kosten beiläufig 15.000 Thaler, der Einband pro Exemplar 15 Thaler. Besonders kostspielig ist der Druck, zu dem ungeheure Quantitäten der feinsten Gold- und Silberbroncen verwendet wurden. Da 2000 Exemplare gedruckt wurden, kostet 1 Exemplar dieses Preiscourants 40 Dollars. Amerikanische Blätter behaupten, daß sich dieser Katalog vortrefflich rentirt. Für diejenigen, welche sich dafür interessieren, bemerken wir, daß ein Exemplar dieses Preiscourants sich in Wien, und zwar im Besitze der artistischen Anstalt von R. v. Waldheim befindet und dort bereitwilligst gezeigt wird.

Locales.

— (Aus dem Vereinsleben.) Am 22. d. fand die erste Gründungsfeier des Arbeiterbildungs-Vereins statt. Das Vereinslocale war von Mitgliedern und p. t. Gästen überfüllt. Der Herr Landeshaupmann Dr. Razlag verherrlichte das Fest durch seine Gegenwart. Der Vereinsobmann Herr Kunz begrüßte in slovenischer Sprache die zahlreiche Versammlung, beleuchtete den wohlthätigen Zweck und die bisherige Thätigkeit des Vereins, die auf Ausbildung tüchtiger und Unterstützung kranker Arbeiter gerichtet sind und bereits die besten Erfolge nachweisen können. Herr Robert Wagner hielt hierauf in deutscher Sprache die Festrede, in welcher er das Lösungswort des Vereins: „die Wahrung und Förderung der geistigen und materiellen Interessen des Arbeiterstandes anzustreben,“ betonte; er hob weiters hervor, daß der Verein durch Einigkeit und Brüderlichkeit, Slovenen und Deutsche vereint, viel Ersprießliches für den Arbeiterstand wirken können und sollen. Der Verein hat binnen Jahresfrist einen Vermögensstand von 500 fl. erworben. — Hiernach brachte der Obmann zwei Begrüßungs-Schreiben und acht Telegramme zur Verlesung; weiters wurde der 33. Gesang von Dante Alighieri von Herrn Holm in italienischer und deutscher Sprache, hiernach ein Gedicht: „Die Arbeit,“ von Herrn Kunz vorgelesen. — Kurz vor 11 Uhr begann die Tombola; die Hälfte des Reinertrages fiel der Krankenkasse zu. Hierauf folgte ein heiteres Tanzkränzchen, das bis zum Morgen währte. — Der Arbeiterbildungs- und Unterstützungsverein kann mit Befriedigung auf das erste Jahr seines Bestehens zurückblicken!

— (Schulbesuch in den Volksschulen.) Matriculirt sind in der ersten städtischen Volksschule (zu St. Jakob) in der 1. Klasse 122, in der 2. 98, in der 3. 91 und in der 4. 74, zusammen 385; in der zweiten städt. Volksschule (im Pycealgebäude) in der 1. Klasse 116, in der 2. 113, in der 3. 122 und in der 4. 92, zusammen 443 Schüler.

— (Der Verein der Aerzte in Krain) zu Laibach beruft für Samstag, 28. d., in dessen Musicalsocale eine wissenschaftliche Versammlung ein. Programm: A. Innere Vereins-Angelegenheiten. B. Wissenschaftliche Vorträge: 1. Primararzt Furz: Chirurgische Demonstrationen. 2. Primararzt Keesbacher: Mittheilungen aus der Spiralspraxis. 3. Professor Valenta: a. Beitrag zur Behandlung des Uterusvorfalles; b. Demonstration eines exquisiten rhachitischen Beckens.

— (Slovenische Bühne.) Die heutige Vorstellung bringt zwei Novitäten, das köstliche zweiactige Lustspiel „Isce so odgojnik“ („Man sucht einen Erzieher“), aus dem Französischen übersetzt von Prof. Mandelc, und das einactige Lebensbild mit Gesang „Pred zve-rinjakom“ („Vor dem Thiergarten“). In der Pause zwischen den beiden Stücken wird von der 1861. Regiments-Capelle Huyn die Ouverture zu Wallace's Oper „Marritana“ executirt.

